

Inhalt

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 8, März - April 1939	1
JAPAN ARM AN ROHSTOFFEN	1
ROHSTOFFE UND KAPITALISTISCHE PRODUKTION IN JAPAN	1
IJZERTS.....	3
KOHLE.....	4
ZUSAMMENFASSUNG.....	5
ROHEISEN UND STAHL	5
PETROLEUM	6
ERZEUGUNG VON ELEKTRISCHER ENERGIE.....	7
ANDERE ROHSTOFFE	7
ROHSTOFFE FÜR DIE CHEMISCHE INDUSTRIE.....	7
ROHSTOFFE FÜR DIE TEXTILINDUSTRIE	8
Literatur:.....	10
IST NAZIDEUTSCHLAND KAPITALISTISCH?	11
DER KAPITALIST ALS ZINSEINTREIBER.....	11
PLANMÄSSIGE PRODUKTION	11
GRUNDBESITZ	12
DAS FINANZKAPITAL.....	12
DER LOHNARBEITER	12
KAPITALISTEN UND BÜROKRATIE	13
DIE NEUE PHASE	13
KOMMENTARE DER G.I.K.....	13
WACHSENDER FASCHISMUS IN FRANKREICH	14
LEGISLATIVE BESCHLÜSSE.....	14
DIE ARBEITSSTUNDEN	14
DIE ARBEITSLOSEN	15
MODERNE SKLAVEN.....	15
UNBESCHRÄNKTE ARBEITSZEIT	15
WIRTSCHAFTLICHE „ORDNUNG“	15
„NATIONALES INTERESSE“	15
KAMPF UM DIE ORDNUNG	16
MACHTPOLITIK	17

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 8, März - April 1939

JAPAN ARM AN ROHSTOFFEN

ROHSTOFFE UND KAPITALISTISCHE PRODUKTION IN JAPAN

Die Bedeutung von Rohstoffen für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist in den verschiedenen Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung nicht gleich groß.

Ursprünglich waren der natürliche Reichtum an Nahrungsmitteln, die Fruchtbarkeit des Bodens und die fischreichen Gewässer ausschlaggebend.

Im Kapitalismus hat sich der Schwerpunkt des gesellschaftlichen Stoffwechsels auf den natürlichen Reichtum an Arbeit und Ressourcen verlagert, wie schiffbare Flüsse, ausgebaute Gebirgspässe, Wasserfälle, Metalle, Erdöl, Holz, Kohle und so weiter.

Für Länder wie Japan, die nur über sehr wenige Rohstoffe verfügen, bedeutet dies, dass die expandierende Industrie für den Bedarf an Rohstoffen, wie die nachstehende Tabelle zeigt, die Einfuhr von Rohstoffen erhöhen wird.

Einfuhr von Erzen, Metallen, Kohle, Erdöl und anderen mineralischen Erzeugnissen (1)	
1913	100.359.000 Yen
1929	408.167.000 Yen
1934	511.183.000 Yen
1935	627.010.000 Yen

Rohstoffe sind die Grundlage der Industrie. Die folgende Tabelle zeigt, wie abhängig Japan von anderen kapitalistischen Ländern bei der Versorgung mit seinen Bodenschätzen ist.

In Tonnen	Durchschnittlicher Verbrauch	Produktion im Kaiserreich	Einfuhr (2)
Eisenerze	2.272.000 Tonnen	945.000 Tonnen	2.132.000 Tonnen
Rohes Erdöl	1.272.000 Tonnen	232.000 Tonnen	2.816.200 Tonnen
Kupfer	113.000 Tonnen	70.000 Tonnen	47.000 Tonnen
Blei	100.000 Tonnen	7.625 Tonnen	94.600 Tonnen
Aluminium	12.000 Tonnen	6.100 Tonnen	5.342 Tonnen
Zink	60.000 Tonnen	33.000 Tonnen	27.000 Tonnen
Zinn	4.165 Tonnen	1.700 Tonnen	4.062 Tonnen

Diese Zahlen beziehen sich nur auf mineralische Produkte. Die Situation wird noch viel ungünstiger, wenn man Baumwolle und Wolle einbezieht, die beide zu fast 100 % importiert werden müssen.

Damit liegt nicht nur die Basis der japanischen Industrie in den Händen anderer, nicht-japanischer Kapitalisten, die ihre *eigenen* Interessen haben (und z.B. in Kriegszeiten die Rohstofflieferungen stoppen könnten), sondern die zunehmende Einfuhr von Rohstoffen führt auch dazu, dass dem japanischen Profitstreben immer größere Mengen an Monopolgewinnen entzogen werden.

Am Ende dieses Artikels werden wir sehen, dass die japanischen Exporte und Importe praktisch gleich groß sind und die Exporte fast ausschließlich aus verarbeiteten, d.h. zu Fertigwaren verarbeiteten Rohstoffen bestehen, die (mit Ausnahme von Naturseide) den weitaus größten Teil der Importe ausmachen.

In diesen verarbeiteten Rohstoffen (in den Endprodukten) steckt die unbezahlte Arbeit, der Mehrwert, der erst dann in Gold oder andere Waren umgewandelt (realisiert) wird, wenn diese Endprodukte verkauft werden. Die Absatzmärkte sind somit *die* Lebensadern Japans; aus ihnen fließen die erzielten Gewinne, mit denen das Land seine Geschäfte ausbauen, rationalisieren und seine Preise senken kann, um auf dem Weltmarkt noch stärker und wettbewerbsfähiger zu werden.

Expandieren - exportieren - expandieren! Dies ist das Gebot, dem das japanische Kapital aus Rentabilitätsgründen nachkommen muss. Wenn jedoch ein Glied in dieser Kette unterbrochen wird, kommt der Prozess von Expansion - Export - Expansion zum Stillstand. Wenn das Angebot an Rohstoffen reduziert wird, wenn Märkte geschlossen oder eingeschränkt werden, was insbesondere nach der allgemeinen Krise von 1929 geschah, kommt der normale Zyklus der Gewinnproduktion zum Stillstand. Dann hat das japanische Kapital keine andere Möglichkeit, als sich gewaltsam mit Rohstoffen und Märkten zu versorgen. Dann kommt es zu mandschurischen „Zwischenfällen“, zu chinesischen „Konflikten“, und die bürgerliche

und „Arbeiter“-Presse erklärt den japanischen Imperialismus mit dem Samurai-Geist der Offiziere und weist die Ursache den „militärisch-faschistischen Cliquen“ zu.

Diese Entwicklung des japanischen Imperialismus, die hier in allgemeiner Form skizziert wurde, wollen wir nun im Detail untersuchen.

IJZERTS

Die japanische Eisenerzproduktion ist extrem niedrig. Nur zusammen mit der koreanischen Produktion¹ übertrifft die italienische leicht.

Weltproduktion von Eisenerz (Tonnen 1929) (3)	
England	13.215.000
Neufundland	1.494.000
Britisch-Ostindien	2.429.000
Australien	853.000
Gesamtes Britisches Reich	17.991.000

Japan und Korea	823.000
Mandschurei	1.070.000
Insgesamt	1.893.000

Luxemburg	7.452.000
U.S.A.	73.028.000
Frankreich	49.938.000
Deutschland	6.373.000
Italien	722.000

Im Vergleich zu England, Amerika, Frankreich und Luxemburg ist Japans Eisenerzproduktion daher sehr gering.

Besonders in den englischen Büchern über Japan werden diese Zahlen mit nationalem Stolz erwähnt; Freda Uitley übertreibt jedoch in ihrem Buch „Japan's Feet Of Clay“ die Bedeutung dieser Zahlen. Denn während die Ausbeute an Eisenerz für das gesamte britische Empire etwa 18 Millionen Tonnen beträgt, verbraucht England allein 17,3 Millionen Tonnen, so dass nur 1,6 Millionen Tonnen für Britisch-Indien, Neufundland und Australien übrig bleiben. Vergleicht man jedoch die Produktionszahlen Englands mit seinem Verbrauch an Eisenerz, so fehlen der britischen Industrie immer noch 4,2 Millionen Tonnen.

Japan ist jedoch prozentual gesehen in einer weitaus schlechteren Position; etwa 66 % seines Gesamtverbrauchs müssen importiert werden. Davon wurden im Jahr 1934 36 % aus China und 38 % aus den Straits Settlements eingeführt.

Das chinesische Eisenerz ist nicht nur besser als das japanische, sondern allein aus drei Minen in China (Taiya, Kinreiten und Dakanzan) können etwa 360 Millionen Tonnen Eisenerz gewonnen werden, während das gesamte Eisenerzangebot in Japan und Korea auf etwa 90 Millionen Tonnen geschätzt wird.

In der Mandschurei gibt es genügend Eisenerz, aber der Eisengehalt ist zu gering. Der durchschnittliche Gehalt wird auf 35 % geschätzt. Nur sechs der geschätzten 740 Millionen Tonnen Eisenerz haben einen Gehalt von 60-70 %.

Japan und Korea haben also zu wenig Eisen, die Mandschurei hat genug, aber von niedriger Qualität.

In China ist die Lage für die japanische Industrie bei der Versorgung mit Eisenerz jedoch besser. Kein Wunder also, dass S. Ueyehara in seinem Buch „Industrie und Handel in Japan“ schreibt:

¹ Korea war seit 1910 eine Provinz Japans.

„Wenn Japan sich darauf verlassen könnte, dass es problemlos einen chinesischen Vorrat erhält, wäre die Zukunft seiner Industrie bis zu einem gewissen Grad gesichert, auch wenn die Abhängigkeit von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe immer einen gewissen Nachteil mit sich bringen wird. Das in China geförderte Erz ist außerdem billiger und besser als amerikanisches Erz.“ (4)

Bevor Japan in China einmarschierte, hatte die chinesische Regierung für kurze Zeit das Exklusivrecht, Eisenerz aufzukaufen. Ausländer brauchten eine Sondergenehmigung. Daher war die Situation für kurze Zeit noch so, „dass nicht erwartet werden konnte, dass die japanischen Eisenhütten immer in der Lage sein würden, eine konstante und ausreichende Versorgung mit Erzen aus China zu erhalten“. (5)

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass Japan selbst kein Eisenerz besitzt, dass es aber in China in ausreichenden Mengen vorhanden ist und sogar billiger ist als amerikanisches Erz.

Nimmt man noch den steigenden Bedarf an Schwerindustrie und Rüstung hinzu und die Tatsache, dass die chinesische Regierung bis vor kurzem selbst Zugang zu Eisenerz hatte, wird deutlich, dass der Mangel an Eisenerz eines der vielen Elemente des japanischen Imperialismus ist.

KOHLE

Die enorme Entwicklung der japanischen Industrie zeigt sich u.a. im Anstieg des Kohleverbrauchs.

Verbrauch von Kohle	
1893	1.700.000 Tonnen
1930	26.600.000 Tonnen
1934	35.200.000 Tonnen

Vergleicht man diese Verbrauchszahlen mit der Kohleproduktion in Japan selbst, so stellt man fest, dass mit der fortschreitenden Industrialisierung auch die Kohleproduktion anstieg.

Kohleförderung in Japan	
1875	567.000 Tonnen (Durchschnitt pro Jahr)
1885-1894	2.562.000 Tonnen (Durchschnitt pro Jahr)
1915-1924	26.230.000 Tonnen (Durchschnitt pro Jahr)
1934	33.061.000 Tonnen (Durchschnitt pro Jahr)

Wie wir sehen, haben Produktion und Verbrauch Schritt gehalten, so dass es bisher keine größeren Kohleinfuhren gegeben hat.

Einfuhr und Ausfuhr von Kohle		
	Einfuhr	Ausfuhr
1893	7.000 Tonnen	1.094.000 Tonnen
1930	2.650.000 Tonnen	2.097.000 Tonnen
1934	3.996.000 Tonnen	1.070.000 Tonnen

„Trotz steigender Kohleproduktion wird Japan immer abhängiger von der Einfuhr ausländischer Kohle, was auf den raschen Anstieg des Kohleverbrauchs zurückzuführen ist. Eines der wichtigsten nationalen Probleme ist die unzureichende Versorgung mit Brennstoffen, die Japan mit zunehmender Entwicklung seiner Industrie immer stärker zu spüren bekommt.“ (S. Ueyhara, S. 139) (6)

Die Schwierigkeit für die japanische Industrie besteht darin, dass nicht alle in Japan geförderte Kohle zu Koks verarbeitet werden kann. Diese kommt nur in geringen Mengen vor und „um den Brennstoff für die Metallwerke bereitzustellen, muss Kohle importiert werden, insbesondere aus den Fushun-Minen in China und den Kailan-Minen in der Mandschurei, und mit der einheimischen Kohle vermischt werden. Die Transportkosten für Importkohle sind schätzungsweise doppelt so hoch wie die Brennstoffkosten pro Tonne Roheisen in anderen eisenproduzierenden Ländern“. (American Council, 13. April 1932.) (7)

Aber es sind nicht nur die Frachtkosten, die die japanische Kohle so teuer machen. Auch die einheimischen Produktionskosten spielen eine Rolle. Die Kosten für Koks lagen in Japan bei 7,50 \$ pro Tonne, während sie in Amerika zwischen 3,25 und 3,50 \$ lagen (8)

Freda Utley, die die Produktionspreise für englische, amerikanische und japanische Kohle berechnet hat, kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass japanische Kohle mehr kostet als amerikanische und englische.

Und S. Ueyhara schreibt: „Vergleicht man den Preis der amerikanischen Kohle, die in der Eisenindustrie verwendet wird, mit dem Preis der japanischen Kohle, so stellt man fest, dass letztere etwa 30 % teurer ist als erstere. Außerdem verbrauchen die japanischen Eisenwerke etwa zwei Tonnen Kohle, um eine Tonne Roheisen zu erzeugen, und etwa die gleiche Menge für Stahl, während in Amerika 1½ Tonnen in jedem Fall ausreichen.“ (S. 133)

Die Tatsache, dass die japanischen Produktionskosten höher sind als die beiden genannten, ist darauf zurückzuführen, dass die Kohle im Allgemeinen weit von den Industriezentren entfernt liegt. Die Kosten für Transport, Verladung und Umladung erhöhen dann den Preis. Außerdem ist die Kohle in Japan in dünnen Schichten im Boden eingelagert. Ein modernes Produktionssystem, das die Kohle auf rationellere Weise aus dem Boden holen würde, ist daher nicht sinnvoll. Deshalb produziert der japanische Bergmann weniger als der amerikanische oder englische Arbeiter. Der erste produziert nur 0,64 Tonnen pro Tag, der zweite 3,40 Tonnen und der englische nur 0,80 Tonnen. Ein dritter Faktor, den Uyahara erwähnt, ist die Tatsache, dass nach dem Krieg die Löhne angehoben werden mussten, also „der Grund, warum japanische Kohle vor dem Krieg die Möglichkeit hatte, mit ausländischer Kohle zu konkurrieren ... dieser Vorteil überwog andere Nachteile.“ (S. 143)

ZUSAMMENFASSUNG

Die zunehmende Industrialisierung Japans, die einen steigenden Kohleverbrauch zur Folge hat, macht das Land immer abhängiger von ausländischer Importkohle, da es nicht über geeignete eigene Vorkommen verfügt. Die heimische Kohleproduktion ist gegenüber ausländischer Kohle nicht wettbewerbsfähig, so dass der Brennstoff für die Industrie, der insbesondere für die Roheisenproduktion wichtig ist, viel zu teuer wird. Importierte Kohle ist jedoch aufgrund der hohen Frachtraten wiederum zu teuer.

All diese Gründe veranlassen die japanischen Eigentümer, nach einer Kohlebasis zu suchen, die sie kontrollieren können. Sie finden diese Kohlebasen in der Mandchurei und in China.

S. Uyhara strotzt daher vor Ehrlichkeit, wenn er schreibt: „Es sei daran erinnert, dass einer der indirekten Gründe für den Mandchurenkonflikt Japans Wunsch nach sicheren und ausreichenden Ressourcen in China war.“ (p. 143)

Die Kosten der japanischen Kohleproduktion zeigen sich u.a. darin, dass 1928 der Durchschnittspreis pro Tonne in den großen Zentren Japans 21,27 Yen betrug (Yen damals ± Fl. 1,15), während der Importpreis für Kohle aus den USA 3,59 \$ für Kanada und 4,23 \$ für andere Länder betrug. (\$ damals ± Fl. 2,50) (21)

ROHEISEN UND STAHL

Roheisen und Stahl, die aus Eisenerz und Kohle hergestellt werden, müssen, wie die Produktionskosten der beiden Rohstoffe zeigen, viel zu teuer sein, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Das kommt also nicht in Frage. Die Eisenerzproduktion in Japan muss sogar durch die Erhebung von Einfuhrzöllen (1,66 Yen pro Tonne Roheisen) geschützt werden. Trotzdem sind die Preise für ausländisches Roheisen und Stahl immer noch billiger als in Japan selbst.

Da die Rohstoffe für die Herstellung von Roheisen und Stahl zu einem großen Teil importiert werden, ist es möglich, dass Japan einen großen Teil des benötigten Roheisens und Stahls liefert.

Vor dem Krieg konnten sie ihren eigenen Bedarf an Roheisen und Stahl zu 48 % bzw. 34 % decken. Dies änderte sich im Jahr 1934. Die Produktionszahlen für Japan lagen damals bei 69 % und 105 % und für das gesamte japanische Reich bei 76 % und 101 %. (9)

Zwar ist das Land bei Roheisen weitgehend autark, aber andererseits sind die Preise für japanisches Roheisen aus den oben genannten Gründen viel zu hoch.

H. Foster-Bain schreibt in seinem Buch „Ores and Industry in the Far East“ (Erze und Industrie im Fernen Osten), dass in China genügend Kohle im Boden für eine Metallindustrie von gewaltigem Ausmaß vorhanden ist, dass aber das dafür benötigte Metall fehlt. Dieses gibt es jedoch in Malakka, Niederländisch-Ostindien, auf den Philippinen und in Britisch-Ostindien.

Das gesamte Gebiet von Nordchina bis zu den südlichen Rändern von Niederländisch-Ostindien verfügt somit über die Rohstoffe für eine weltweite Metallindustrie.

Wenn der Berichterstatter Tanaka in seinem Bericht an den Kaiser ein Weltreich heraufbeschwört (eine solche Weltmetallindustrie ist in der Tat eine „große Berufung“), wird er sicherlich unter anderem daran gedacht haben, dass, wenn all dies unter japanischer Kontrolle stünde, viele Produktions- und Umlaufkosten pro Tonne Roheisen gesenkt würden. Und diese sind, wie die nachstehende Tabelle zeigt, für Japan wesentlich höher als für Amerika und England.

Kosten der Rohstoffe pro Tonne Roheisen			
	Eisenerze	Koks	Insgesamt (einschließlich anderer Materialien)
Amerika	\$9,90	\$4,00	\$14,50
England (importiert)	\$9,30	\$5,75	\$15,60
England (eigene Produktion)	\$3,50	\$8,00	\$11,70
Japan	\$8,50	\$8,50	\$18,00

Diese Kosten machten die japanische Produktion zu teuer. Daher suchte die Bourgeoisie nach einer anderen Roheisenbasis. Das haben sie in der Mandschurei gefunden. Dort betragen die Gesamtkosten pro Tonne Roheisen trotz des geringen Eisenerzgehalts nur 11,00 \$! Dies ist eine der Erklärungen für die Eroberungen in der Mandschurei. (10)

Wie aus den obigen Daten hervorgeht, ist Japan bei Stahl völlig autark. Da jedoch die Rohstoffe Eisenerz und Kohle zu teuer sind, liegt der Weltmarktpreis für Stahl weit unter dem japanischen Staatspreis.

Neben Eisenerz und Kohle wird für die Stahlproduktion auch Schrott benötigt. Aber auch daran mangelt es in Japan. Deshalb mussten die wichtigsten Eisen- und Stahlwerke, die 1934 etwa 2.538.000 Tonnen Schrott benötigten, 56 % davon importieren, wovon etwa 70 % aus Amerika geliefert wurden.

Japan kann sich also selbst mit Stahlfertigprodukten versorgen, aber die Preise sind aufgrund der Import- und Transportkosten zu hoch. Es ist richtig, dass die Stahlindustrie ein „Treibhausprodukt“ ist. „Sie hat eine Struktur, die auf einem schwachen wirtschaftlichen Fundament ruht und nur durch hohe Zölle und allgemeine Subventionen am Leben erhalten wird... Folglich muss die japanische Eisen- und Stahlindustrie als eine politische Schöpfung (d.h. für die Armee und die Flotte - GIC) betrachtet werden; denn nach den Kriterien der Marktstellung beurteilt, würde sie als gewinnorientiertes Unternehmen als nutzlose Verletzung wirtschaftlicher Gesetze verurteilt werden.“ (11)

PETROLEUM

Auch bei Erdöl ist Japan sehr abhängig von anderen Ländern. Das Land produziert weniger als 10 % seines Jahresverbrauchs.

Wie außerordentlich unbedeutend die japanische Ölproduktion ist, zeigt sich daran, dass die Jahresproduktion der amerikanischen Tagesproduktion entspricht. Vor allem Standard Oil und Royal Dutch beherrschen den japanischen Markt fast vollständig.

„Eine solche Situation, die zu den rückläufigen einheimischen Rohölvorkommen hinzukommt, stellt ein ernsthaftes Problem bei der Bereitstellung einer angemessenen Versorgung mit Erdölerzeugnissen dar.“ (12)

Bei Erdölprodukten ist Japan daher naturgemäß vom Ausland abhängig. 13% der Ölprodukte werden aus einheimischem Rohöl hergestellt, 25% aus importiertem Rohöl und 59% werden importiert. Davon entfallen 67 % auf Amerika, 21,7 % auf Niederländisch-Ostindien und 11,3 % auf das (asiatische) Russland. (American Council, S. 83)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass etwa 80 % des Rohöls und etwa 84 % der Ölprodukte importiert werden müssen.

Die nächstgelegenen Ölquellen befinden sich auf Borneo in der Nähe von Balik-Papan. Aus Berichten aus Niederländisch-Ostindien geht hervor, dass dort heute „verdächtig“ viele Japaner arbeiten und dass die Fischer ihre Tätigkeit hauptsächlich auf die Kartierung der Schifffahrtsmöglichkeiten in der Makassar-Straße (der Passage zwischen Borneo und Celebes) konzentrieren. Der japanische Imperialismus bereitet sich vor.

ERZEUGUNG VON ELEKTRISCHER ENERGIE

Der Mangel an Brennstoff wird jedoch durch die *Möglichkeit* der Energieerzeugung in großem Maßstab kompensiert. Japan ist weltweit der drittgrößte Produzent von elektrischer Energie. Amerika produzierte 85.400 Millionen Kilowattstunden, Deutschland 25.500 Millionen und dann Japan mit 19.500 Millionen Kilowattstunden; 170.000 japanische Arbeiter sind in dieser Industrie beschäftigt.

Ein Energieertrag von 14.500.000 P.K.², von dem bisher 37 % erschlossen wurden, ist möglich.

All dies ist aufgrund der geografischen Gegebenheiten des Landes möglich. Die gebirgige Oberfläche des Landes ist die Ursache für ein starkes Gefälle der kleinen Flüsse. Günstig ist dabei, dass die Flüsse aufgrund ihrer vielen Wasserfälle praktisch kaum schiffbar sind, so dass es günstiger ist, ihr Potenzial zu nutzen.

Obwohl die Flüsse das ganze Jahr über ziemlich viel Wasser führen, sind die Niederschläge in den Sommermonaten am stärksten. Dadurch schwankt nicht nur die Energieerzeugung, sondern in den „trockensten“ Jahreszeiten (im Dezember) ist die Nachfrage nach elektrischer Energie am höchsten und viele Flüsse sind zugefroren. (Present and Future)

Diese elektrische Energie wird in Industrie, Verkehr und Haushalten verbraucht. Insbesondere im Bereich der Heimbeleuchtung hat Japan enorme Fortschritte gemacht. Rund 14 Millionen Haushalte haben 30 Millionen Lampen. Von allen Lampen befinden sich etwa 23 % in den Städten. Jeder japanische Bauer hat praktisch elektrisches Licht (erwähnt Orchard), nur hat er kein Geld, um es brennen zu lassen.

ANDERE ROHSTOFFE

Wir haben uns nun mit den wichtigsten Rohstoffen für die Industrie beschäftigt. Es gibt noch einige, die für die Produktion von großer Bedeutung sind.

Kupfer	Die Angaben zu den Einfuhren sind sehr unterschiedlich. Den offiziellen Berichten zufolge müssen etwa 20 % des gesamten Bedarfs importiert werden. H. Chassagne stellt fest (ohne Angabe von Quellen), dass bei einem Verbrauch von 134.200 Tonnen im Jahr 1935 69.600 Tonnen, also fast 50 %, importiert werden müssen.
Zink	Etwa 45% sollten eingeführt werden
Blei	Fast 90% sollten eingeführt werden
Nickel	Der gesamte Verbrauch muss praktisch importiert werden
Antimon, Wolfram, Magnesium, Bauxit	Auch hier besteht eine fast vollständige Abhängigkeit von Einfuhren (China hat praktisch ein Weltmonopol für Wolfram mit 63 % und für Antimon mit 80 %).

Gummi	Wird nicht in Japan angepflanzt. Trotzdem ist die japanische Industrie in der Lage, ihren Bedarf durch die umfangreichen Konzessionen, die sie in Niederländisch-Ostindien und Malakka besitzt, zu decken. 70 % werden aus Malakka eingeführt, 25 % aus Niederländisch-Ostindien und etwa 2,5 % aus Britisch-Ostindien (American Council).
Holz	Etwa 50 % sollten eingeführt werden.

ROHSTOFFE FÜR DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Zwei der wichtigsten Rohstoffe für die chemische Industrie sind Schwefel und Salz.

Schwefel ist in Japan in mehr als ausreichenden Mengen vorhanden. Es wird für die Zelluloseindustrie, Nitroglyzerin, Erdölraffinerien, Düngemittel und so weiter benötigt.

² Paardekracht /Pferdestärke

Obwohl Japan mehr produziert als es verbraucht (die Ausfuhren haben einen Wert von 3,6 Millionen Yen), kann es den Überschuss nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen verkaufen, weil die japanischen Kosten zu hoch sind. Die wichtigsten Lieferanten für den Weltmarkt sind Texas und Sizilien (Freda Utley, S. 49).

Der andere sehr wichtige Rohstoff ist Salz. Hiervon müssen 65 % importiert werden. In der Mandchurei werden derzeit Unternehmen gegründet, die Salzfelder ausbeuten wollen. Bei einem jährlichen japanischen Verbrauch von etwa einer Million Tonnen Salz wird davon ausgegangen, dass die Mandchurei künftig in der Lage sein wird, 75 % des japanischen Bedarfs zu decken.

Obwohl auch andere chemische Erzeugnisse wie Schwefelsäure, Salzsäure, Salpetersäure, Natriumkarbonat, Ätznatron, Ammoniak, Sauerstoff, Karbid, Bleichpulver, Essigsäure, Glycerin und Magnesiumkarbonat in Japan hergestellt werden, reicht die Gesamtproduktion nicht aus, wie die folgende Tabelle zeigt.

1935. Import und Export von chemischen Produkten	
Ausfuhren	259.881.000 Yen
Einfuhren	359.718.000 Yen (14% der Gesamteinfuhren)
Einfuhrsaldo	99.837.000 Yen (13)

ROHSTOFFE FÜR DIE TEXTILINDUSTRIE

Rohseide

Die Verarbeitung der rohen Naturseide in Japan selbst ist nicht wichtig. Es wird im eigenen Land und dann in den Importländern verarbeitet.

	Exporte	% der Gesamtexporte	Wert der Produkte
1919	623.628.000 Yen	29,71	
1922	671.365.000 Yen	41,00	
1931	355.394.000 Yen	30,98	427.691.000 Yen
1934	286.793.000 Yen	13,10	
1935	389.602.000 Yen	15,70	

(Siehe S. Ueyhara und Mitsubishi)

Das Jahr 1929 brachte der Seidenkultur große Verluste, da Amerika als Absatzmarkt während der Krise wegfiel. Auch die Preise fielen und verursachten große Verluste.

Rohseide ist das einzige Grunderzeugnis, das Japan in sehr großen Mengen besitzt und das für die Abrechnung der in Amerika gekauften Baumwolle von großer Bedeutung ist.

Japan ist von Amerika abhängig, nicht nur beim Kauf von Baumwolle, sondern auch beim Verkauf von Rohseide, die fast ausschließlich nach Amerika geht.

Das ungünstige Verhältnis zwischen japanischer Seide und amerikanischer Baumwolle zeigt sich u. a. darin, dass Japan nur 14 % der amerikanischen Baumwolle kauft, während Amerika 95 % der japanischen Seidenproduktion abnimmt.

Wolle

Wie die Baumwolle wird auch die Rohwolle vollständig importiert. Schließlich gibt es in Japan fast keine Schafe.

Australien	110.563.000 Schafe
China	35.000.000 Schafe
Neuseeland	28.692.000 Schafe

Im „Economic Handbook of the Pacific Area“ (14) werden diese Zahlen unter der Überschrift „Anzahl der Schafe in den pazifischen Ländern“ aufgeführt, Japan wird überhaupt nicht erwähnt. Die etwa 33.000 Schafe in Japan sind in der Tat nicht erwähnenswert, wenn es um die Wollindustrie geht.

Australien ist der Hauptlieferant für die Wolle.

Die Entwicklung der Wollindustrie macht sich in den gestiegenen Importen bemerkbar.

1925	121.702.000 Yen
1933	165.818.000 Yen
1935	193.092.000 Yen (8% der Gesamteinfuhren)

Wie bei den Rohstoffen für die Schwerindustrie besteht auch für die Wollindustrie ein Mangel an Rohstoffen. „In den letzten Jahren kaufte (Japan) 25-30% der gesamten australischen Wollproduktion, und seit 1930 haben sich die (japanischen) Einkäufe in Australien im Wert mehr als verdoppelt. Es gibt Pläne, die Wollproduktion in der Mandschurei und der Inneren Mongolei zu entwickeln, aber es ist sicher, dass große Mengen an Wolle für eine lange Zeit importiert werden müssen“. (15).

Baumwolle

In Japan wächst keine Baumwolle und in Korea nur in sehr geringen Mengen, was angesichts des großen Importvolumens völlig vernachlässigt werden kann. Japan verbraucht jährlich etwa 3,5 Millionen Ballen Rohbaumwolle, was einem Wert entspricht, der in den letzten Jahren zwischen 600 und 750 Millionen Yen lag.

Im Jahr 1934 betragen die Einfuhren 731.424.000 Yen oder 32,1 % der Gesamteinfuhren. Die Baumwolle kam vor allem aus den USA (48 %), Britisch-Indien (43 %), Ägypten (4,1 %) und China (2,5 %).

Japan nimmt 14 % der US-amerikanischen, 40 % der britisch-indischen, 8 % der ägyptischen und 4 % der chinesischen Baumwollproduktion ab.

Vor allem in der wichtigsten Industrie ist Japan vollständig vom Ausland abhängig, was sich nach der Krise von 1929 deutlich bemerkbar machte. Vor allem nach der Krise von 1929 sahen sich die verschiedenen kapitalistischen Staaten gezwungen, alle möglichen Einfuhrbeschränkungen und Exportquoten einzuführen, um ihre eigene und die koloniale Industrie zu schützen.

Für Japan, das Rohstoffe nur durch den Export von Fertigerzeugnissen erhalten kann, könnte dies natürlich fatale Folgen haben. Ein Glied in der Kette, wie oben beschrieben, wurde nun im Falle der Baumwolle durchbrochen. Es war nicht so, dass die Versorgung mit Rohstoffen zum Erliegen gekommen wäre, aber das Schrumpfen der Märkte für die Endprodukte machte den Kauf von Rohstoffen fast unmöglich.

Außerdem wurde bereits 1925 der Versuch unternommen, die Abhängigkeit durch die Einrichtung eines Baumwollfonds langfristig zu verringern. Mit diesem Geld wurde der Baumwollanbau in der Mandschurei und in China begonnen.

„In den letzten Jahren ist in der Mandschurei eine rege Tätigkeit neuer Baumwollspinnereien in Mukden, Liaojong, Chintschu und anderen Orten zu verzeichnen, die die Bauern zu einem extensiveren Baumwollanbau anregen wollen. Hochwertiges Baumwollsaatgut wird kostenlos an die Landwirte verteilt, und man geht davon aus, dass die Erträge in diesen Gebieten auf mehr als 300.000 Ballen steigen werden... In den letzten Jahren haben die japanischen Spinnereien auch in Peru und Südbrasilien große Flächen erworben, die für den Baumwollanbau genutzt werden sollen.“ (16).

Aber abgesehen davon war es nach der Krise von 1929 vor allem die *Beschränkung* der Einfuhren auf die alten Märkte, die die weitere Entwicklung der japanischen Baumwollindustrie bremste. Japan war daher gezwungen, sich anderen, neuen Märkten zuzuwenden.

Südamerika, mehrere Kolonien in Südafrika, Haiti und andere wurden mit Baumwollstoffen überschwemmt. Die Aufnahmefähigkeit dieser Märkte ist jedoch bei weitem nicht ausreichend, die Bevölkerung ist arm und die Entfernung zu Japan ist so groß, dass das Land auf diesen Märkten unter der „starken Konkurrenz aus Europa und Amerika“ leidet.

Die wichtigsten Absatzmärkte waren stets Britisch-Indien und China. Allerdings gab es auch in Indien (sowohl Niederländisch als auch Britisch) erhebliche Einfuhrbeschränkungen. Unmittelbar vor Inkrafttreten des neuen Abkommens zwischen Britisch-Ostindien und Japan im Jahr 1934 wurden noch zahlreiche Waren nach Britisch-Indien importiert, aber „als das erste Jahr des neuen Abkommens zu Ende ging, waren neue Bestellungen aus Indien seit April 1935 selten“. (17)

In China selbst hat sich eine starke nationale Baumwollindustrie herausgebildet. Dies ist unter anderem der Grund für den starken Boykott japanischer Waren. Die japanischen bürgerlichen Schriftsteller erzählen es wie folgt: „Aber aufgrund der derzeitigen chaotischen Finanzlage in China und der seit langem bestehenden antijapanischen Bewegung ist die chinesische Nachfrage nach japanischen Waren (Baumwolle) stark zurückgegangen“.

Zum Beispiel betrug 1930 der monatliche Durchschnittsexport von japanischen Baumwollstückwaren nach China 40,2 Milliarden square yards. Im Jahr 1934 waren es 24,4 Millionen. (18)

Aber nicht nur China und die Britisch-Indischen Staaten, sondern auch Amerika hat „trotz der Tatsache, dass Japan ein großer Abnehmer seiner Produktion ist“, Einfuhrquoten für japanische Waren festgelegt.

All dies zeigt – wir werden später noch darauf zurückkommen –, dass das Exportglied in der Kette, insbesondere für Baumwolle, gebrochen ist. Daher sah sich die japanische Bourgeoisie gezwungen, zusätzlich zu den neuen Unternehmen in der Mandschurei ein „Schema“ für Nordchina zu verabschieden, „wo man feststellte, dass der Boden und die klimatischen Bedingungen für den Baumwollanbau gut waren, und so einen Wirtschaftsblock zwischen Nordchina einerseits und Japan-Mandschure andererseits zu schaffen“. „Present and Future“ erwähnt auch, „dass Rohbaumwolle fast überall in diesem Land wachsen kann und dass chinesische Baumwolle Japans zukünftigen Bedarf vollständig decken könnte. Angesichts der verworrenen Lage des Landes sind jedoch keine schnellen Ergebnisse zu erwarten“. (19)

Und schließlich schreibt der „Oriental Economist“ ganz offen: (20) „Wenn dieses Ziel erreicht wird, wird Nordchina Japan mit 6 bis 7 Millionen Picolitern³ Baumwolle beliefern, eine Menge, die derjenigen entspricht, die Japan derzeit jährlich aus Britisch-Indien einführt. Eine solche Entwicklung würde die Hälfte von Japans Rohbaumwollproblem mit einem Schlag lösen.“

Doch dazu „muss zunächst die politische Stabilität wiederhergestellt und das Gebiet von Banditen und den Überresten der besiegten Truppen gesäubert werden.

Andernfalls muss der Landwirt, wenn er Baumwolle anbaut, befürchten, dass seine Ernte geplündert wird. „Aber die japanischen Armeen werden dafür sorgen, dass Frieden und Ordnung sehr schnell wiederhergestellt werden, und die Bauern werden von diesem Übel befreit werden.“

(Fortsetzung folgt)

Literatur:

1. Japanese trade and industry, S. 198.
2. The Eastern Review, 15. Januar 1936.
3. Freda Utley.
4. S. Ueyahara, „The industrie and trade of Japan“, S. 133.
5. Ebd., S. 133.
6. Ebd., S. 136-144.
7. „American Council“, 13. April 1932.
8. „Japans economic position“, J.E. Orchard, S. 286,
9. „Japanese trade and industry“, Mitsubishi, S. 202.
10. Freda Utley: „Japans feet of clay“, S. 45.
11. E. W. Zimmermann: „World resources and industries“, S. 657.
12. „Japanese trade and industry“, Mitsubishi, S. 212.
13. Ebd., S. 333.
14. Econ, handbook of the Pac. area (Inst. of P.R., S. 592).
15. „The basis of Japans foreign policy“, A.E. Hindmarsh.
16. H. Groszmann. „Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des Kapitalistischen Systems“, S. 486.
17. Siehe Anmerkung 4, S. 94.
18. Eastern industrialization and its effect on the West, Hubbard, S. 31.
19. Siehe Anmerkung 4. Die nicht nummerierten Zitate im Kapitel „Baumwolle“ stammen von diesem Autor (S. 81-98).
20. Oriental Economist, Tokio, Januar 1938, S. 22.
21. „De Industrialisatie van Japan in verband met de Japanischen handels-expansie naar Ned.Indië“, door L.G.M. Jacquet, S. 21.

³ Picol: altes Gewichtsmaß, etwa 60 kg.



IST NAZIDEUTSCHLAND KAPITALISTISCH?⁴

DER KAPITALIST ALS ZINSEINTREIBER

Eines der entscheidenden Merkmale der kapitalistischen Gesellschaft ist das Privateigentum der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln. Und die meisten sozialistischen Autoren, die sich mit der Frage beschäftigen, ob das heutige Deutschland kapitalistisch ist, stellen seinen kapitalistischen Charakter bedingungslos fest, indem sie auf die unbestreitbare Tatsache hinweisen, dass das Privateigentum in Deutschland bisher nicht angetastet wurde.

(Der Sektor der öffentlichen Unternehmen und Betriebe, etwas mehr als 300 an der Zahl, mit einem Aktienkapital von etwa 18 Milliarden Mark, macht etwa ein Zehntel der gesamten Industrie aus und ist damit nicht größer als in anderen kapitalistischen Staaten.)

Dies beantwortet jedoch nicht die Frage. Für uns Marxisten ist das Privateigentum nicht nur ein Rechtsverhältnis zwischen einer Sache und ihrem Eigentümer, sondern dieses Konzept hat auch einen materiellen Inhalt: die freie Verfügung über das Eigentum. Was nützen dem Kapitalisten die schönsten Rechtsansprüche, wenn er sein Produktivvermögen nicht nutzen kann, um sich den größtmöglichen Profit zu sichern? Und genau das ist der Zweck von Privateigentum.

Nun ist es im heutigen Deutschland keineswegs so, dass der Besitz von Produktionsmitteln seinem Besitzer nicht nützt. Aber wenn dem deutschen Kapitalisten durch eine Reihe von staatlichen Maßnahmen über Rohstoffversorgung, Außenhandelsmonopol, Preis- und Lohnbestimmung, erzwungene Kartellbildung, Verbot der Gründung oder Expansion von Unternehmen usw. vorgeschrieben wird, was und wie viel er produzieren darf, – bei staatlichen Aufträgen, die durchschnittlich mehr als die Hälfte und im Baugewerbe sogar mehr als 80 % der Gesamtproduktion ausmachen, genau festgelegt –, und die Verordnung des Reichskommissars für die Preisbildung vom 30. Oktober 1938 bestimmt, wie viel er verdienen darf, dann ist dieser Eigentümer der Produktionsmittel kein Kapitalist mehr im marxistischen Sinne des Wortes, wie wir ihn bis jetzt gebraucht haben. Er wird zu einer Art Zinsverdiener, der aufgrund der Rechtsansprüche auf sein Vermögen und für seine Verwaltungs- und Leistungstätigkeit seine bis heute sehr beachtlichen „Einnahmen“ erhält.

Wir wollen uns nicht auf theoretische Haarspaltereien oder Formulierungstricks einlassen, denn den Kapitalisten ist es gleichgültig, wie sie ihre Gewinne erzielen.

Unsere Untersuchung zeigt jedoch eine charakteristische Veränderung in der Funktion der Kapitalistenklasse in Deutschland: Die privaten Eigentümer der Produktionsmittel sind nicht mehr die Herren der Wirtschaft!

PLANMÄSSIGE PRODUKTION

Haben wir es also in Deutschland bereits mit einer geplanten Produktion zu tun, obwohl wir dachten, dass diese dem Sozialismus vorbehalten wäre? Die „Anarchie der Produktion“, ein weiteres Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft, wurde bereits in der monopolkapitalistischen Phase erheblich eingeschränkt. Diese Anarchie ist in vielen Bereichen der deutschen Wirtschaft durch das Verbot der freien Kapitalanlage oder durch den Zwang zur Kapitalanlage, durch das Verbot von Kapitalemissionen, durch die Bankenaufsicht, durch die Börsenkontrolle, durch Devisenzuteilungen, Zwangskredite und Steuerdruck fast nicht mehr existent.

Die Organisation von Unternehmen geht viel weiter als das. So plant beispielsweise die Nationale Lebensmittelagentur auch den Verbrauch (dazu gehören alle Teile der Industrie, die mit der Ernährung der Bevölkerung zu tun haben). Der Weg des Getreides, des Obstes, des Gemüses, der Kartoffeln, der Milch, der Fette usw. von den Erzeugern zu den Verbrauchern ist durch Lieferverpflichtungen, Lagerhaltungspflichten, Bebaubarkeitsvorschriften, Vermahlungsaufträge, Preis- und Verteilungsvorschriften detailliert geregelt. Aber auch Einfuhrverbote, Einfuhrzölle und ein hoher Anteil an gefälschten Produkten (Ersatz) sind Mittel zur Regulierung des Konsums. Dies geschieht häufig in Form des Verteilungssystems, das während des Weltkriegs angewandt wurde (Rationierung, Kauf auf Karten und Gutscheinen).

⁴ Aus „Der sozialistische Kampf“ ⁴ vom 25. Februar 1939 (leicht gekürzt) (GIK)

Dies zeigt uns den wahren Charakter dieser „geplanten Produktion“. Sie basiert nicht auf dem Streben nach größtmöglicher Bedürfnisbefriedigung aller Arbeiter im Rahmen der gegebenen technischen Möglichkeiten, wie wir es von der sozialistischen Planproduktion erwarten würden. Sie ist in erster Linie ein Versuch, das bestehende Defizit zu organisieren und darüber hinaus die Bedürfnisse aller für die deutsche Rüstung tätigen Industriezweige zu befriedigen. Aber auch dieses Pseudoproduktionsschema hat die Marktgesetze der kapitalistischen Produktion in weiten Bereichen außer Kraft gesetzt und damit wesentliche Merkmale des Kapitalismus (Angebot und Nachfrage, automatische Regulierung des Durchschnittsgewinns, Krise durch Überproduktion) verändert.

GRUNDBESITZ

Es ist sicherlich zu bedenken, dass all dies in der deutschen Industrie noch nicht vollständig umgesetzt ist. Es gibt Bereiche, insbesondere bei der Herstellung von Konsumgütern, in denen die oben genannten Phänomene erst im Keim vorhanden sind. Andererseits ist aber nicht nur das industrielle Kapital an diesem Wandel beteiligt.

Das Bodeneigentum ist – abgesehen von den bereits skizzierten Maßnahmen der Landesernährungsanstalt – durch das Erbhofgesetz weitgehend von kapitalistischem Eigentum in unverkäufliches, unveräußerliches, unverpfändbares Familieneigentum verwandelt worden.

DAS FINANZKAPITAL

Aber auch der Charakter des Finanzkapitals hat sich grundlegend verändert. Alle Maßnahmen zur Kontrolle des Kapitalverkehrs, die mit der Devisenpflicht und der Abschottung des internationalen Kapitalmarktes verbunden sind, haben diesen seiner Bewegungsfreiheit und damit eines wesentlichen Aktionsfeldes beraubt: der Spekulation.

Damit gewinnt das Finanzkapital als die fast einzige verbleibende Möglichkeit der Industriefinanzierung an Bedeutung (das Verbot von Industrieemissionen schottet den inländischen Kapitalmarkt ab, die Währungspolitik den ausländischen Kapitalmarkt).

Aber auch seine Wirkung auf die Industriefinanzierung wird durch die Intervention des Staates in Bezug auf bestehendes und neu gebildetes Kapital und sein sehr intensiv ausgeübtes Verfügungsrecht, auch in Bezug auf Finanzkapital, begrenzt.

DER LOHNARBEITER

Die Frage nach dem Wesen einer Wirtschaftsordnung lässt sich jedoch nicht durch eine ausschließliche Betrachtung der Wirtschaft beantworten.

Für den Kapitalismus als Klassengesellschaft waren und sind das Wesen und die Funktion der Arbeiter wie auch der Kapitalisten entscheidend. Ist der Arbeiter im heutigen Deutschland noch der freie Lohnempfänger, der durch den freien Verkauf seiner Arbeitskraft auf dem freien Arbeitsmarkt lebt?

Der deutsche Arbeiter, der für einen vorgeschriebenen Lohn an einem ihm zugewiesenen Ort nach den ihm auferlegten Regeln hart und mühsam arbeiten muss, weil er es kann und dazu gezwungen wird, hat mit dem Lohnarbeiter auch im Monopolkapitalismus fast nichts mehr gemeinsam.

Er ähnelt vielmehr dem „Hörigen“ des Mittelalters, von dem er sich nur durch kleine Reste persönlicher Freiheit unterscheidet (z. B. kann er – in gewissen Grenzen – noch heiraten, wen er will, oder ist noch frei in seinen religiösen Überzeugungen).

Die Folgen dieses Strukturwandels, der erst in den letzten Monaten so krass vollzogen wurde, lassen sich noch nicht ablesen. Dass dieser neue Zustand der ausgebeuteten Schichten den Charakter der gesamten Gesellschaftsordnung verändert, scheint jedoch unbestreitbar. Andererseits entspricht die schrittweise Beseitigung der nicht-bäuerlichen Schichten des Kleinbürgertums der Linie, die bereits vom klassischen Marxismus beschrieben und erst in den letzten Jahrzehnten unterbrochen wurde.

Sie steht im Einklang mit der Konzentration des Kapitals und der Proletarisierung eines großen Teils der bisherigen Selbstständigen.

Die Veränderungen der Kapitalistenklasse haben wir bereits, soweit es im Rahmen eines Artikels möglich ist, zu Beginn beschrieben. Sie sind die direkte Fortsetzung einer Entwicklung, die im Monopolkapitalismus bereits begonnen hat, hin zu einer Polarisierung, die sich innerhalb der Kapitalistenklasse selbst vollzieht. Es handelt sich um eine Aufspaltung in eine kleine Spitzenschicht und eine relativ breite Schicht, die als kapitalistische Funktion die Verbindung von führenden Beamten und Zinseintreiber hat (die Bedeutung dieses letzten Satzes ist uns nicht ganz klar. G.I.C.).

KAPITALISTEN UND BÜROKRATIE

Darüber hinaus ist jedoch eine neue soziale Schicht entstanden, die immer stärker wird. Die nationalsozialistische Bürokratie ist keine Bürokratie der alten Art, die als parasitäre Schicht bestimmte Verwaltungsfunktionen von den Kapitalisten übernommen und dadurch eine gewisse wirtschaftliche und soziale Bedeutung und eine gewisse selbständige Entwicklung erlangt hatte.

Die neue Bürokratie nimmt einen völlig neuen Platz in Wirtschaft und Gesellschaft ein und kontrolliert gleichzeitig wirtschaftliche und politische Schlüsselpositionen. Sie ist sehr eng mit der kapitalistischen Spitze verwoben, von der wir oben gesprochen haben. Manchmal haben einige der großkapitalistischen Wirtschaftsführer selbst führende Positionen in der neuen Bürokratie übernommen – manchmal sind einige der aufgestiegenen Führer dieser Bürokratie selbst zu Großkapitalisten geworden. Diese Verflechtung, die Rolle und die politisch-wirtschaftliche Bedeutung dieser beiden Komponenten sind bisher nicht klar herausgearbeitet worden, da die geheimsten Vorgänge in der Zentralregierung und in den Privatbüros einiger alter Industrie- und Finanzmagnaten nicht ausreichend bekannt sind. Aber dass die wirklich herrschende Klasse nicht *die* Kapitalisten, nicht *das* Monopolkapital und auch nicht *die* Nazi-Bürokratie ist, sondern eine neue Schicht, die aus ihrer gegenseitigen Durchdringung entsteht, scheint sicher zu sein, auch wenn wir diese Schicht nicht genau definieren können, weil diese Entwicklung erst vor relativ kurzer Zeit eingesetzt hat.

DIE NEUE PHASE

Wie sieht nun die neue Wirtschafts- und Sozialordnung Deutschlands aus, die hier nur sehr unvollkommen skizziert ist? Trotz aller Veränderungen, so groß sie auch sein mögen und so sehr sie sich auf die Struktur auswirken, ist in Deutschland noch kein einziger Kapitalist enteignet worden (außer den Juden, über die wir hier nicht sprechen).

Die Einkommensverteilung hat sich aufgrund des Rechtsanspruchs der Kapitalisten auf die Produktionsmittel nur allmählich verändert. Die beiden für den Kapitalismus typischen Klassen von Ausbeutern und Ausgebeuteten bestehen weiter, wenngleich sich auch der soziale Inhalt verändert hat bzw. verändert wird.

Der Profit ist die treibende Kraft dieser jüngsten Entwicklung, die von innerer und äußerer Gewalt begleitet und oft überschattet wird.

Unter dem nationalen Deckmantel ist die Gewalt ein Potenzial im Dienste einer neuen, sich bildenden Schicht, die bereit ist, Europa und die ganze Welt zu erobern, nachdem sie ihre eigene Industrie und ihre eigene nationale Gesellschaft unter ihr Joch gebracht hat.

Die neue Wirtschaftsordnung ist also Kapitalismus im weitesten Sinne, eine seiner Entwicklungsstufen, aber eine neue Entwicklungsstufe.

Sie einfach als Rüstungswirtschaft zu bezeichnen, erscheint uns unzureichend, denn die Rüstungsmacht, die die ökonomische Grundlage der neuen Wirtschaftsordnung ist, ist keine vorübergehende, zeitlich begrenzte Erscheinung, etwa in der Vorstellung, Deutschland könne nach einem gewonnenen Krieg, wenn die Rüstungswirtschaft ihren Zweck erfüllt hat, zur guten alten kapitalistischen Ordnung zurückkehren.

Gewalt, Krieg und eine immer stärkere Aufrüstung sind ein wesentlicher Bestandteil der faschistischen wirtschaftlichen Ordnung, der nicht ignoriert werden kann.

Sie braucht ihn, um die übermäßig ausgebeutete Klasse unter seiner Kontrolle zu halten und um sich gegen den ausländischen Feind zu wehren, der heute ein demokratischer Staat und morgen ein faschistischer Rivale sein kann.

Diese neue Phase der Entwicklung ist nichts anderes als die konterrevolutionäre Lösung für die Schwierigkeiten des Monopolkapitalismus, denn die revolutionären Versuche sind gescheitert. Die Tatsache, dass sie neue, andere Krisenherde enthält und dass die Kräfte, die ihren Untergang ankündigen, bereits sichtbar werden, muss gesondert behandelt werden.

Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass es keinen Weg zurück von diesem „Fortschritt“ des Kapitalismus gibt und dass die antifaschistische Bewegung nicht zurück in die guten Zeiten des demokratischen Liberalismus, sondern nach vorne zur sozialen Revolution blicken muss.

KOMMENTARE DER G.I.K.

1. Es erscheint uns nicht richtig, die deutschen Kapitalisten in der neuen Situation mit einer Art Zinseintreiber zu vergleichen. Gerade weil die Großkapitalisten selbst Mitglieder der verschiedenen Wirtschaftsorgane des

Dritten Reiches sind und ihre Funktion nicht nur in der „Verwaltungs- und Leitungstätigkeit“ besteht, ist der Begriff „Zinseintreiber“ unangebracht.

2. Wir halten es nicht für richtig, den neuen Rechtsstatus des deutschen Lohnempfängers als „Höriger“ zu bezeichnen. Sicherlich gibt es Ähnlichkeiten. Aber man sollte nicht ein altes Wort für eine neue Situation verwenden, in der alle möglichen anderen Merkmale kombiniert werden. Das Wort „Höriger“ lässt sofort an „Feudalismus“ denken, und so ist man sofort versucht, den modernen deutschen Kapitalismus als eine Art Feudalismus zu bezeichnen. Das nützt uns überhaupt nichts. Wenn man die neue Situation auf ein altes Wort reduziert, ist eine genaue Analyse des neuen Kontextes sehr schwierig.

3. Der Autor des Artikels gehört zu den so genannten „österreichischen Marxisten“, d.h. zu den linken Sozialdemokraten. Dies wird im letzten Absatz stark betont, wo er von gescheiterten revolutionären Versuchen spricht, die Schwierigkeiten des Monopolkapitals zu lösen. Uns sind keine derartigen Versuche bekannt. Das zeigt sich auch an der Verwendung des schleimigen Begriffs „antifaschistische Bewegung“, die nichts anderes ist als ein Sammelsurium aus der alten, politisch korrupten Arbeiterbewegung und den ebenso politisch korrupten bürgerlichen Parteien. Und dieser Schwindel soll auf die soziale Revolution ausgerichtet sein!



WACHSENDER FASCHISMUS IN FRANKREICH

LEGISLATIVE BESCHLÜSSE

Der ehemalige Volksfrontmann Daladier, der Demokrat par excellence, hat vor einigen Wochen eindringliche Worte gesprochen, die jedem rechtschaffenen Patrioten zu Herzen gehen. Er stellte mit Besorgnis und Neid fest, dass die faschistischen Länder wie riesige Waffenfabriken funktionieren, in denen die arbeitenden Massen wie Wachs in den Händen der Machthaber geformt werden. Mit Angst, weil diese mächtigen Leute die französischen Kapitale bedrohen werden. Mit Neid, weil die französische Arbeiterklasse noch nicht so weit in den Griff der besitzenden Klasse geraten war. Zwar hatte letztere den 1936 verlorenen Boden allmählich durch die Volksfront zurückgewonnen, aber sie konnte sich nicht darauf beschränken. Wenn sie sich erfolgreich gegen die mächtig geballte wirtschaftliche und politische Macht der faschistischen Staaten behaupten will, muss sie sich politisch und wirtschaftlich in gleicher Weise organisieren. *Die Vorbereitung des Krieges „gegen den Faschismus“ erfordert die Durchsetzung des Faschismus.*

Die herrschende Klasse fordert daher über Daladier, dass alle nationalen Kräfte für ein starkes, blühendes und unabhängiges Frankreich mobilisiert werden müssen. Frankreich muss eine große Werkstatt werden, in der jeder seine große Aufgabe ohne Murren erfüllt und jeder vom großen französischen Geist der Freiheit getragen wird. Und bei dieser großen Aufgabe müssen alle Teile der Bevölkerung ihren Beitrag leisten, gemeinsam leiden, gemeinsam kämpfen, gemeinsam siegen.

Daladier verlangte daher praktisch, dass das Parlament durch eigene Dekrete außer Wirkung gesetzt wird. Wie diese aussehen würden, blieb vorerst das Geheimnis der besitzenden Klasse. Aber jetzt weiß die französische Arbeiterklasse Bescheid. Zumindest hat sie den *Anfang* davon gesehen.

DIE ARBEITSSTUNDEN

Die jüngsten Gesetzesbeschlüsse sind von weittragender Bedeutung. Die Arbeitszeit für Unternehmen, die für die Landesverteidigung arbeiten, wurde auf sechzig Stunden erhöht, was die französische Arbeiterklasse um zwanzig Jahre zurückwirft. Außerdem ist vorgesehen, dass die Arbeitszeit mit Zustimmung des Arbeitsministers über sechzig Stunden hinaus verlängert werden kann. Diese Bestimmung gilt nicht nur für die Unternehmen der Landesverteidigung im engeren Sinne, sondern auch für „alle anderen Werkstätten und Fabriken, die im Interesse der Landesverteidigung arbeiten“. Es spricht also nichts dagegen, die gesamte Metallindustrie, den Bergbau, die chemische Industrie und den Verkehr einzubeziehen. Die demokratische Bourgeoisie ist eindeutig entschlossen, die faschistischen Staaten auf dem Gebiet der Ausbeutung der Massen „einzuholen und zu übertreffen“. Für die Gewerkschaften bedeutet dies, dass mit einem Federstrich des Ministers alle Tarifverträge abgeschafft wurden. Daladier erweist sich nicht als so guter Demokrat, wie man zunächst dachte.

DIE ARBEITSLOSEN

Die herrschende Klasse weiß auch, wie sie mit den Arbeitslosen umzugehen hat. In einem Erlass wurde festgelegt, dass sie jede Arbeit annehmen müssen, die ihnen von den offiziellen Arbeitsvermittlungsstellen in der Industrie und in der Landesverteidigungsindustrie angeboten wird, „wo immer sie auch sein mag“. Dies ist die gleiche Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit, die auch ihre unfreundlichen Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins angewandt haben. Die Lösung ist also nicht originell.

MODERNE SKLAVEN

Aber die besitzende Klasse ist nicht davon überzeugt, dass die französischen Arbeiter mit wahrer Arbeitsliebe ihre sechzig Stunden absolvieren werden und sich deshalb nach einer anderen Beschäftigung umsehen werden. Deshalb wurde gleichzeitig verfügt, dass kein Unternehmer in Frankreich einen Arbeiter, der in den Unternehmen der Landesverteidigung gearbeitet hat, ohne Genehmigung des Arbeitsinspektors einstellen darf. Und der Arbeitsinspektor erteilt diese Erlaubnis nur, wenn der Arbeiter wegen irgendeiner Strafmaßnahme aus dem Unternehmen geworfen wurde. Auch diese Maßnahme ist also nicht originell, sondern wurde von den deutschen Faschisten kopiert. Im Endeffekt kann der Arbeiter seinen Arbeitsplatz nicht mehr wechseln; er ist an die Fabrik gebunden, wie die ehemaligen Sklaven an das Land. Die demokratische Bourgeoisie hat die deutsche Bourgeoisie, wenn nicht überholt, so doch zumindest eingeholt.

UNBESCHRÄNKTE ARBEITSZEIT

Auch im Hinblick auf die Wehrpflicht wird der Druck auf die Massen immer größer. Die Wehrdienstzeit war angesichts der deutschen Gefahr bereits auf zwei Jahre verlängert worden, und nun wurde diese gesetzliche Beschränkung laut dem „Journal officiel“ vom 21. März aufgehoben. Die Jungen müssen nun so lange unter Waffen bleiben, wie die Regierung es für nützlich hält. Die neue Bestimmung lautet: „Außer im Falle einer vollständigen oder teilweisen Mobilisierung kann die Regierung auf Vorschlag des Ministers für nationale Verteidigung beschließen, einen Teil der Wehrpflichtigen, die ihren gesetzlichen Dienst abgeleistet haben, unter Waffen zu halten.“ Niemand weiß also, wann sie tatsächlich „aussteigen“ können.

Alles in allem ist es offensichtlich, dass Frankreich nicht mehr vom parlamentarischen System regiert wird, sondern sich zu einem „totalitären Staat“ entwickelt.



WIRTSCHAFTLICHE „ORDNUNG“

„NATIONALES INTERESSE“

Wir können sagen, dass der „freie“ Kapitalismus in allen Ländern hinter uns liegt. Unter dem Druck der Krise, die 1929 begann, greifen alle Staaten mal mehr, mal weniger in die Wirtschaft ein. In Russland, Deutschland und Italien ist sie sicherlich am stärksten, aber auch die sogenannten demokratischen Staaten tragen ihren Teil dazu bei. In Holland sind die staatlichen Eingriffe auch in der Krisengesetzgebung (Quotenbeschränkungen, Einfuhrzölle, Anbaubeschränkungen, Preispolitik) sehr deutlich zu erkennen. Und auch Frankreich hat diesen Weg längst beschritten. Die Hälfte der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft (Getreide und Wein), und die französischen Landwirte haben sich an die Regierung gewandt, um ihre Handelsfreiheit durch das Verbot der freien Preisbildung zu beseitigen. Infolgedessen sind die französischen Getreidepreise dreimal so hoch wie die Weltmarktpreise, und die Weinpreise werden durch die obligatorische Destillation und Lagerhaltung künstlich hochgehalten.

Auch die französische Industrie entwickelt sich rasch in diese Richtung, obwohl die „Ordnung“ hier meist nicht direkt vom Staat, sondern von den Industriellen selbst kommt (in Deutschland wurde die Organisation in Kartellen vom Staat angeordnet). In der französischen Schuhindustrie ist die „Ordnung“ am weitesten entwickelt. Seit zwei Jahren darf keine neue Schuhfabrik, kein neues Schuhgeschäft und keine neue Reparaturwerkstatt mehr ohne staatliche Genehmigung eröffnet werden. Auch Schuhfabriken und Reparaturwerkstätten dürfen keine Veränderungen im Betrieb vornehmen, die zu einer Produktionssteigerung führen würden, ebenso wie bestehende Schuhgeschäfte nicht von anderen übernommen werden können. In der Schuhindustrie wird jeglicher Kapitalverkehr verhindert.

Was ist die wirkliche treibende Kraft in dieser „Ordnung“? Warum geht die herrschende Klasse selbst dazu über, die kapitalistische „Freiheit“ einzuschränken? Oder, da wir wissen, dass der Wille der Menschen durch seine Bedürfnisse bestimmt wird, warum müssen die Kapitalisten zu Maßnahmen greifen, die sie früher

verabscheuten? Unter welchem allgemeinen Gesichtspunkt ist dieser allgemeine Trend zu staatlichen Eingriffen zu sehen?

Die staatlichen Eingriffe zielen vor allem darauf ab, die freie Preisbildung zu verhindern und Regeln für den Umfang der Produktion und den Vertrieb von Waren aufzustellen. Das Gleiche lässt sich auch anders sagen: Hier greift der Staat in den freien Kapitalverkehr ein. Die Ursache ist nicht weit entfernt: die Krise. In der Vergangenheit haben Krisen nicht zu solch tiefgreifenden staatlichen Eingriffen geführt. Wenn sich in der Vergangenheit in einer Krise herausstellte, dass das investierte Kapital zu groß für den herrschenden Grad der Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung war, sorgte der „Heilungsprozess“ dafür, dass das überschüssige Kapital vernichtet wurde. Industrieunternehmen, Banken, Handelsunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe gingen in Konkurs und reduzierten damit das investierte Kapital; anderen Unternehmen gelang es, sowohl ihre Produktion als auch ihr Kapital zu reorganisieren, so dass mit niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten eine neue Boomphase begann.

Aber das ist in der heutigen Welt nicht mehr möglich. In allen Ländern ist die Arbeit so spezialisiert wie nie zuvor. In Frankreich und Holland zum Beispiel werden bei einem „freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ nicht nur einige wenige Eigentümer ruiniert, sondern praktisch die gesamte Bauernschaft in den Bankrott getrieben, das heißt, ganze oder halbe Bevölkerungen werden enteignet. Das Gleiche gilt für die Industrie und die Banken. Gerade in diesen Branchen hat sich in einigen wenigen Zentren eine enorme Menge an Kapital angehäuft, und der Konkurs solcher Unternehmen würde einen großen Teil der besitzenden Klasse enteignen und die hungernden Massen überall zum Aufruhr bringen. Deshalb muss in der heutigen Zeit der freie Verkehr von Geldkapital und Warenkapital verhindert werden. Die Rettung der Kapitale ist zum „nationalen Interesse“ geworden.

GEWINNVERTEILUNG

Warum diese Rettung des Kapitals in Form von staatlichen Eingriffen erfolgen muss, wird deutlich, wenn wir die Funktion des freien Kapitalverkehrs betrachten. Wie wir wissen, fließt das Kapital auf der Grundlage der freien Preisbildung in die Produktionsbereiche, in denen der größte Gewinn erzielt wird. Dies führt zu einer Anpassung der verschiedenen Industriezweige an die „Marktbedürfnisse“. Es ist die Regelung der Produktion *als automatischer Prozess*. Maschinen, Rohstoffe und Arbeitskräfte werden auf diese Weise auf die verschiedenen Industriezweige verteilt, ohne dass es eine private oder staatliche Organisation gibt. Eine zweite Funktion des freien Kapitalverkehrs auf der Grundlage der freien Preisbildung ist die relativ gleichmäßige Verteilung des von den Arbeitern erwirtschafteten Mehrwerts auf die besitzenden Klassen.

Es versteht sich daher von selbst, dass die Abschaffung der freien Preisbildung die gesamte automatische Regulierung der Wirtschaft stört. Dann müssen Einrichtungen geschaffen werden, die die Verteilung der Produktionsmittel, der Rohstoffe und der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Industriezweige regeln. Und auch die Verteilung des Mehrwerts unter der besitzenden Klasse muss auf „künstliche“ Weise erfolgen. Die „Ordnung“ ist Ausdruck der Tatsache, dass der freie Kapitalverkehr unmöglich geworden ist. Es hat also nichts mit „Staatskapitalismus“ zu tun: Der Staat agiert nicht als Unternehmer. Aber der Staat muss Organe bilden, um *das Privatkapital zu erhalten und den Mehrwert unter der besitzenden Klasse zu verteilen*. Das ist die allgemeine Auffassung von staatlichen Eingriffen. Der Staat ist verpflichtet, die Funktionen des freien Kapitalverkehrs zu übernehmen.

KAMPF UM DIE ORDNUNG

Diese Ordnung hat aber auch ihre Folgen. Gerade wenn sich herausstellt, dass die besondere Aufgabe dieser staatlichen Intervention darin besteht, den von den Arbeitern produzierten Mehrwert als Profit an die besitzende Klasse zu verteilen, kann sich jeder an den Fingern abzählen, dass es zu einem heftigen Kampf um diese „Ordnung“ kommen muss, sowohl unter den Kapitalisten als auch unter den Arbeitern. So zerfiel die amerikanische Bourgeoisie während des Kampfes um den *New Deal*. Die Kapitalisten der Konsumindustrien und die Bauern unterstützen Roosevelt, die Kapitalisten der Schwerindustrie und der Rohstoffindustrien lehnen diese „Ordnung“ ab. Sie nennen Roosevelt einen „Sozialisten“, wahrscheinlich weil er einen Teil des Mehrwerts der Schwerindustrie an die Kapitalisten der Konsumgüterindustrie und die Bauern weitergibt. Und auch hier in Holland beschwert sich die industrielle Bourgeoisie über die Millionen, die in die Taschen der Bauern gepumpt werden. Es stimmt, dass die industrielle Bourgeoisie diese Millionen nicht direkt bezahlt, aber die hohen Preise der landwirtschaftlichen Produktion bringen die Lebenshaltungskosten über das „normale“ Niveau. Dadurch wird verhindert, dass die Löhne so stark sinken, wie es für die Rentabilität des eigenen Kapitals wünschenswert wäre. Alle Kapitalisten wollen so billig wie möglich einkaufen und sind daher im Allgemeinen für ... Freihandel, ausgenommen für ... ihr eigenes Geschäft. Das muss natürlich geschützt werden!

MACHTPOLITIK

Der Schutz der einheimischen Produktion durch Zollschränken, Kontingente usw. bringt zwangsläufig eine „Regulierung der Produktion“ durch den Staat mit sich. Sowohl nach innen als auch nach außen tritt der Staat zunehmend als direkter Agent der Kapitalgruppen auf. Der Wettbewerb auf dem Weltmarkt wird für die einzelnen Kapitalgruppen sehr schwierig, weil sie es nun nicht mehr direkt mit anderen Gruppen zu tun haben, sondern mit der gesamten organisierten Kapitalmacht anderer Länder. Der organisierten deutschen Kapitalmacht kann nur die organisierte französische, britische, holländische usw. Kapitalmacht entgegengesetzt werden. Deshalb muss die „Ordnung“ immer weitergehen und eine Rückkehr ist nicht mehr möglich. Die Gegensätze zwischen den privaten Kapitalgruppen werden zu Gegensätzen zwischen Staaten und staatlichen Blöcken. Die faschistische Organisation des Kapitals ist zunehmend die Voraussetzung für die Machtpolitik in allen Ländern. Der „organisierte Kapitalismus“ birgt also noch größere Gefahren für die Menschheit als der freie Kapitalismus.

Auch in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen wird Propaganda für den „organisierten Kapitalismus“ gemacht, wozu sie alle möglichen „Arbeitsprogramme“ vorlegen [„Plan der Arbeit“, nach dem Erfinder von „Plan De Man“, dem belgischen Politiker Henri De Man]: Diese Pläne zielen darauf ab, die Arbeitslosigkeit durch die Durchführung umfangreicher Arbeiten zu verringern. Aus der Sicht des „organisierten Kapitalismus“ ist das jedoch kindischer Unfug, weil es den Anforderungen der heutigen Zeit nicht gerecht wird.

Sie entsprechen nicht der Machtbildung nach außen, während dies die einzige Bedingung für den Erhalt der nationalen Kapitalien ist. Wann immer Sozialdemokraten an die Regierung kommen, wie in Frankreich und Belgien, führen sie nicht ihre „Pläne der Arbeit“ aus, sondern stürzen sich mit ganzem Herzen in die Landesverteidigung, was vom Standpunkt des „organisierten Kapitalismus“ aus gesehen durchaus richtig ist.

Für die Arbeiter bedeutet diese „Ordnung“ einen starken Druck auf ihren Lebensstandard und auf die Bedingungen ihres Kampfes um den Lohn. Erstens müssen die Arbeiter die schwere Last der Aufrüstung tragen, die der organisierte Kapitalismus verlangt. Aber zweitens wird es für die Arbeiter fast unmöglich, die einzelnen Unternehmer zu bestreiken. Die „Ordnung“, die auch darauf abzielt, eine Verteilung des Mehrwerts unter der besitzenden Klasse entsprechend dem Kräfteverhältnis der Kapitalgruppen zu etablieren, macht den „ökonomischen“ Streik zu etwas Absurdem, etwas Veraltetem. Und selbst dort, wo sich die Arbeiter zu Millionen für bessere Löhne einsetzen (1936 in Frankreich und Belgien), mag die besitzende Klasse vorgeblich nachgeben, um revolutionäre Bewegungen zu verhindern, aber die „organisierte Preispolitik“ macht diese Verbesserungen sofort wieder zunichte. Sowohl der Parlamentarismus als auch die Gewerkschaftspolitik sind daher im „organisierten Kapitalismus“ nicht mehr erfolgreich. Die politische und die wirtschaftliche Demokratie haben sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik ihre Berechtigung. Sie existieren nur noch in äußerer Form, und selbst die ist nicht mehr vollständig.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung führt unter dem Druck der konkurrierenden Kapitalmächte zur tiefsten Versklavung und Verarmung der Massen. Und unter diesem Druck wird es immer offensichtlicher, dass die alte Arbeiterbewegung eine völlig nutzlose Waffe im modernen Klassenkampf ist. So wie der „freie“ „demokratische“ Kapitalismus dem Untergang geweiht ist, so hat auch eine Arbeiterbewegung, die für die Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Rechtsordnung kämpft, keine Zukunft für die Arbeiter. Eine neue Arbeiterbewegung kann nur auf den Prinzipien der unabhängigen Massenbewegung beruhen, die sich nur als politischer Kampf um die Macht entwickeln kann.